



Sitzung vom

22. September 2015

Mitgeteilt den

22. September 2015

Protokoll Nr.

824

Staatssekretariat für Bildung, Forschung
und Innovation SBFI
Herrn Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Per E-Mail an: weiterbildung@sbfi.admin.ch (pdf- und Word-Version)

Anhörung zur Verordnung über die Weiterbildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 1. Juli 2015 haben Sie uns eingeladen, zu obengenanntem Verordnungsentwurf Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen grundsätzlich, dass der Bund mit dieser Verordnung die rechtliche Grundlage schafft, damit gesamtschweizerisch tätige Organisationen der Weiterbildung sowie die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener in den Kantonen vom Bund finanziell unterstützt werden können. Allerdings sind gewisse Anpassungen aus unserer Sicht notwendig.

National tätige Organisationen der Weiterbildung sollen für spezifische Informations-, Koordinations- und Entwicklungsleistungen Finanzhilfen vom Bund erhalten (BeBiV, Art. 2). Wir erachten es als sinnvoll, dass damit die Bundesbeiträge an die Organisa-

tionen der Weiterbildung an klar definierte Aufgaben geknüpft werden, die dem Weiterbildungssystem insgesamt oder definierten Teilbereichen dienlich sind.

Die Finanzhilfen des Bundes an die Kantone für die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener sollen wie bei der Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern im Rahmen von Programmvereinbarungen erfolgen. Wir erachten es als zielführend, wenn das Instrument der Programmvereinbarung auch für die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener (Lesen, Schreiben, mündliche Ausdrucksfähigkeit in lokaler Amtssprache, Grundkenntnisse Mathematik, Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien, WeBiG, Art. 13) eingesetzt wird. So kann auch die Koordination im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) gewährleistet werden. Für die Umsetzung haben wir folgende Anliegen:

- a) In Art. 16 Abs. 2 des WeBiG ist festgehalten, dass der Bundesrat Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen an die Kantone festlegt. Für die Festlegung der strategischen Ziele (WeBiV Art. 8) sind keine Kriterien aufgeführt. Entsprechende Ergänzungen sind in die Verordnung aufzunehmen.
- b) Die strategischen Ziele (WeBiV, Art. 8) sind in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen zu erarbeiten. So können gesamtschweizerische Ziele und kantonale Zielsetzungen aufeinander abgestimmt werden.
- c) Zuständigkeiten und Zusammenarbeit auf Bundesebene von Weiterbildungsförderung, Berufsbildung, Integrationsförderung gemäss Ausländergesetz, Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung sollen klar geregelt werden (WeBiV, Art. 8).
- d) Die Prozesse zur Programmvereinbarung zwischen Bund und Kantonen und die Berichterstattung sind schlank zu gestalten, damit die kantonalen Ressourcen nicht mit einem unverhältnismässigen administrativen Aufwand strapaziert werden (WeBiV, Art. 10 und 14). Zudem sollen die Möglichkeiten von Leistungsvereinbarungen und Verfügungen voll ausgeschöpft werden (WeBiV, Art. 11 Abs. 2).
- e) Im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2017–2020 sind angemessene Finanzmittel zu beantragen, damit deutlich mehr Erwachsene mit Lücken in den Grundkompetenzen adäquate Bildungsmöglichkeiten erhalten und die Kantone bei der Informations- und Sensibilisie-

rungsarbeit und Entwicklung neuer Angebote unterstützt werden (WeBiV, Art. 11-13).

- f) Was die interne Organisation anbelangt, sind die Kantone souverän. Der Bund kann den Kantonen keine Vorschriften über den Einbezug beziehungsweise die Mitbeteiligung machen. Solche waren in einem Arbeitspapier zu den künftigen Grundsätzen der Förderung enthalten, das im Zuge der bisherigen Projektarbeiten vorgelegt wurde. Tatsächlich liegt es aber in der Kompetenz der Kantone, zu entscheiden, inwieweit die Gemeinden einbezogen werden sollen.

Die in Art. 14 WeBiV unter der Marginalie Berichterstattung und Kontrolle aufgeführte Berichterstattungspflicht der Kantone an das SBFI ist zu einseitig ausgefallen. Ergänzend soll auch das SBFI umfassend Bericht erstatten über die gemäss Abschnitt 1 und Abschnitt 2 erfolgten Finanzhilfen sowie über die durch diese Finanzhilfen erreichten Erfolge bei der Umsetzung der im Weiterbildungsgesetz vorgesehenen Fördermassnahmen.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Martin Jäger

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Kopie:

- Amt für Höhere Bildung
- Amt für Berufsbildung